

16. Landtag von Baden-Württemberg, 88. Sitzung

Dienstag, 3. April 2019, 10:00 Uhr

Rede

Umweltpolitischer Sprecher

Paul Nemeth MdL

Zur Aktuellen Debatte

Ja zum Klimaschutz – wirksamer Klimaschutz braucht Enthusiasmus und Realismus – beantragt von der CDU-Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Paul Nemeth MdL:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrte Damen und Herren!

Die CDU-Landtagsfraktion hat diese Debatte zum Thema Klimaschutz beantragt, weil uns das Thema sehr wichtig und sehr ernst ist. Es sollte kein Thema für nur eine Partei sein, sondern es braucht alle Parteien. Keine Partei sollte so tun, als hätte man alle Patentlösungen parat. Es gibt in diesem Bereich nicht eine einzige Wahrheit, sondern mehrere Wahrheiten.

Es ist auch klar, dass wir hier alle mehr tun müssen als in der Vergangenheit. Es ist für uns auch klar: Es ist kein reines Umweltthema, sondern ein Thema, das alle Ebenen der Politik betrifft. Es betrifft die Wirtschaft, die Privatpersonen, den Verkehr, den ländlichen Raum,

und es betrifft alle Ebenen von Brüssel über Berlin über Stuttgart bis zu jeder Gemeinde in Baden-Württemberg und Deutschland.

In der Diskussion um das Klimaschutzgesetz hat der Umweltminister uns, der CDU, Hinhaltetaktik vorgeworfen. Wir finden, das ist unredlich. Deshalb weisen wir das auch mit aller Entschiedenheit zurück. Die CDU Baden-Württemberg hat sich hier nichts vorwerfen zu lassen, auch nicht von den Grünen. Wir, die CDU-Fraktion, haben dem Klimaschutzgesetz – wir haben ja schon ein Landesklimaschutzgesetz – in der Opposition zugestimmt. Es gab kein anderes Gesetz, dem wir im Umweltbereich in der Opposition zugestimmt haben. Diesem haben wir zugestimmt. Wir haben 2007 als CDU – das war Neuland – das E-Wärme-Gesetz beschlossen und verabschiedet.

Von uns kommt die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg. Wir waren das erste Bundesland, das eine Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt hat. Das Klimaschutz-Plus-Programm, mit dem wir uns jedes Jahr loben, ist von der CDU 2002. Nächster Punkt, meine Damen und Herren: Auch das Zentrum für Sonne und Wasserstoff wurde von einem CDU-Ministerpräsidenten vor über 30 Jahren gegründet, von Lothar Späth.

Der CDU bleibt also das Thema Klimaschutz ein wichtiges Anliegen. Wir haben deswegen auch vorletzte Woche mit den streikenden Schülerinnen und Schülern das Gespräch gesucht. Ich kann Ihnen sagen: Das ist unbequem, aber für alle Parteien. Die Schülerinnen und Schülern fordern von allen politisch Tätigen mehr Anstrengungen. Wir haben jetzt auch gelesen, dass sich der Ministerpräsident und der Umweltminister mit den Demonstranten getroffen haben. In „Welt online“ war zu lesen – der Regierungssprecher der Landesregierung wird da zitiert –: Bei den Grünen rennen sie eh offene Türen ein, aber man müsse auf den Koalitionspartner Rücksicht nehmen. Die Verantwortung, dass die Klimaschutzziele nicht erreicht werden, werde nach Berlin und Brüssel geschoben, heißt es in dem Artikel weiter.

Ich habe jetzt nach dieser These des Regierungssprechers einmal nachgesehen, wie eigentlich die grüne Bilanz ausschaut. Die Grünen regieren seit 2011 hier in Baden-Württemberg, stellen den Ministerpräsidenten und den Umweltminister, mal mit der SPD, mal mit der CDU. In dieser Zeit ist der CO₂-Ausstoß in Baden-Württemberg nicht gefallen, er ist gestiegen. Von dem Ziel des Landesklimaschutzgesetzes mit minus 25 %, das wir

verabschiedet haben, sind wir meilenweit entfernt. Von den 8 000 landeseigenen Immobilien haben gerade einmal 23 eine PV-Anlage.

Also wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, sondern wir sollten aus gemachten Fehlern lernen. Das fordern wir seit Wochen. Wir fordern mehr Ehrlichkeit in dieser Diskussion. Deswegen will ich jetzt auch noch über die Eckwerte reden. In den Eckwerten steht, dass wir beim Verkehr minus 33 % bis 2030 erreichen müssen. Da wollen wir die Frage stellen: Wie geht das denn eigentlich? Das geht doch dann wieder nur mit Verboten. Warum strengen wir uns denn gerade bei der Elektromobilität so an, wenn wir minus 33 % wollen und die Leute dann nicht mehr fahren dürfen, wenn wir sogar auf Elektromobilität umstellen? Das passt doch nicht zusammen.

Oder minus 57 % bei den Haushaltungen. Da wollen wir auch wissen: Was kostet das die Bürgerinnen und Bürger, und was kostet das den Staat? Wir wollen hier keine Symbolgesetze, sondern wir wollen machbare Ziele. Wir wollen auch Maßnahmengesetze, die wir im Land umsetzen können.

Deswegen waren wir so überrascht, dass gerade beim E-Wärme-Gesetz, das wir im Koalitionsvertrag verabschiedet haben und zu dem wir eine Evaluierung besprochen haben, der Umweltminister nach 300 Seiten Studie ankündigt, dass in dieser Legislaturperiode hier nichts mehr gemacht wird, genau in dem Bereich, wo das Land eigentlich mehr tun könnte. Deswegen haben wir auch hineingeschrieben und in die Öffentlichkeit gebracht, dass das neue Landesklimaschutzgesetz nicht einklagbar ist und auch keinerlei Konsequenzen für Staat und Bürger bringt, wenn die Ziele nicht erreicht würden.

Uns als CDU ist das zu wenig. Wir brauchen Ziele. Ja, uns ist das zu wenig. Wir wollen Maßnahmengesetze, und wir wollen dieses Thema als Land ernsthaft voranbringen. Denn wenn wir als Land Baden-Württemberg beim Klimaschutz führend sein wollen – und diese Chance haben wir als grün-schwarze Koalition: Dann müssen wir nicht nur Symbolpolitik machen, sondern wir müssen Maßnahmengesetze beschließen. Das ist unser Wunsch und unser Ziel.

Herzlichen Dank.